

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(12. Sitzung am 5. September 2013)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes über Gebietsänderungen der Städte Cuxhaven und Norderney sowie der Gemeinde Neuharlingersiel**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/335](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs auf der Grundlage der Vorlage 2 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes fort und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU gegen die Stimme der Fraktion der FDP vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 anzunehmen. Die Berichterstattung in schriftlicher Form übernahm Abg. Angelika Jahns (CDU).

2. **Mehr Menschlichkeit in der Härtefallkommission**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/174](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag für erledigt zu erklären.

3. **Vertrauen in den Verfassungsschutz wieder herstellen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/445](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf und bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu diesem Themenbereich.

4. a) **Rechtsextremismus auf allen Ebenen bekämpfen - NPD-Verbotsverfahren konsequent vorantreiben**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/457](#)

b) **NPD effektiver bekämpfen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/176](#)

Der Ausschuss erörterte unter a) die Grundzüge des Antrags der Koalitionsfraktionen und setzte zum Antrag unter b) die Beratung fort. Die Fraktionen kamen überein, die Möglichkeiten zur Formulierung einer von möglichst vielen Fraktionen getragenen Beschlussempfehlung auszuloten. Anschließend soll die Beratung der Anträge fortgesetzt werden. Ferner wurde eine Unterrichtung zu gegebener Zeit durch die Landesregierung über den Fortgang des NPD-Verbotsverfahrens ins Auge gefasst.